

# MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

## Ausgabe A

|              |   |           |
|--------------|---|-----------|
| 17. Jahrgang | Ausgegeben zu Düsseldorf am 16. Juni 1964 | Nummer 70 |
|--------------|---|-----------|

### Inhalt

#### I.

**Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.**

| Glied.-Nr.    | Datum       | Titel  | Seite |
|---------------|-------------|--|-------|
| 2020          | 15. 5. 1964 | RdErl. d. Innenministers<br>Wahl des Bürgermeisters und seines Stellvertreters . . . . .   | 808   |
| 20310         | 22. 5. 1964 | Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers<br>Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder (MITL II) vom 27. Februar 1964; hier: Anschlußtarifverträge . . . . .  | 808   |
| 20323         | 22. 5. 1964 | RdErl. d. Finanzministers<br>Berücksichtigung von Zeiten als ruhegehaltfähige Dienstzeit; hier: Dienstzeiten bei der früheren Geheimen Staatspolizei (§ 227 Abs. 4 LBG) . . . . .  | 808   |
| 2377          | 29. 5. 1964 | RdErl. d. Ministers für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten<br>Grunderwerbsteuerbefreiung auf Grund des Gesetzes über Grunderwerbsteuerbefreiung für den Wohnungsbau in der Fassung vom 19. Juni 1958 (GV. NW. S. 282); hier: Erteilung von Bescheinigungen gem. § 2 Abs. 2 über das Vorliegen der Voraussetzungen: . . . . .  | 808   |
| 79011         | 20. 5. 1964 | RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten<br>Bericht über Kauf und Verkauf von forstfiskalischen Grundstücken . . . . .  | 811   |
| 79023<br>7817 |             | Druckfehlerberichtigung zum RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 20. 4. 1964 (MBL. NW. S. 688; SMBL. NW. 79023)<br>7817<br>Änderung d. RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 29. 3. 1963 (SMBL. NW. 79023) zu den Richtlinien des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für die Gewährung von Bundeszuschüssen zur Förderung forstlicher Vorhaben im Rahmen der Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur. Neufassung v. 23. 12. 1962 (MinBl. BML 1963, S. 16) . . . . . | 811   |

#### II.

**Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.**

| Datum   | Seite |
|---|-------|
| <b>Notiz</b>  |       |
| 26. 5. 1964<br>Erteilung des Exequaturs an den Generalkonsul der Dominikanischen Republik in Hamburg, Herrn Hector Osorio . . . . . | 811   |
| <b>Landschaftsverband Rheinland</b>   |       |
| 22. 5. 1964<br>Bek. — Pflichtprüfung des Jahresabschlusses 1962 der Rheinische Provinzial-Basaltwerke GmbH, Neustadt-Wied . . . . . | 811   |
| <b>Nachrichten aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen</b>  |       |
| Gesetzentwürfe, Anträge und Interpellationen — Neueingänge — . . . . .  | 811   |
| <b>Hinweise</b>   |       |
| Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen<br>Nr. 24 v. 29. 5. 1964 . . . . .                       | 812   |
| Inhalt des Amtsblattes des Kultusministeriums Land Nordrhein-Westfalen<br>Nr. 5 — Mai 1964 . . . . .                                | 812   |
| Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen<br>Nr. 11 v. 1. 6. 1964 . . . . .                              | 813   |

## I.

2020

**Wahl des Bürgermeisters und seines Stellvertreters**

RdErl. d. Innenministers v. 15. 5. 1964 —  
III A 1 — 1593/64

Durch das Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung und der Landkreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen sowie des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit v. 25. Februar 1964 (GV. NW. S. 45) ist die Wahlzeit der Bürgermeister und der Landräte sowie ihrer Stellvertreter auf die Dauer der Wahlzeit der Vertretungen ausgedehnt worden. Dadurch ist mein RdErl. v. 13. 11. 1962 (SMBl. NW. 2020) über die Wahl des Bürgermeisters und seines Stellvertreters nach Ablauf der ersten zweijährigen Wahlzeit (§ 32 Abs. 1 Satz 3 GO) gegenstandslos geworden. Ich hebe ihn hiermit auf.

— MBl. NW. 1964 S. 808.

20310

**Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder (MTL II) vom 27. Februar 1964; hier: Anschlußtarifverträge**

Gem. RdErl. d. Finanzministers — B 4200 — 1462/IV/64  
u. d. Innenministers — II A 2 — 12.01.01 — 15002/64 —  
v. 22. 5. 1964

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder hat am 20. März 1964 folgende Anschlußtarifverträge zum Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder vom 27. Februar 1964 (MTL II) abgeschlossen:

- a) mit der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft,
- b) mit der Gewerkschaft der Polizei,
- c) mit der Gemeinschaft tariffähiger Verbände von Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes — GtV,
- d) mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands — GOD und
- e) mit dem Verband Deutscher Straßenwärter.

Die Anschlußtarifverträge haben den gleichen Inhalt wie der Tarifvertrag, der am 27. Februar 1964 mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr abgeschlossen und mit dem Bezugserlaß bekanntgegeben worden ist. Von einer Bekanntgabe des Wortlauts der Anschlußtarifverträge wird daher abgesehen.

Bezug: Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers v. 13. 3. 1964 (SMBl. NW. 20310)

An alle obersten Landesbehörden  
und nachgeordneten Dienststellen.

— MBl. NW. 1964 S. 808.

20323

**Berücksichtigung von Zeiten als ruhegehaltfähige Dienstzeit; hier: Dienstzeiten bei der früheren Geheimen Staatspolizei (§ 227 Abs. 4 LBG)**

RdErl. d. Finanzministers v. 22. 5. 1964 —  
B 3025 — 7842/IV/64

Nach § 227 Abs. 4 LBG ist die in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 bei Dienststellen der früheren Geheimen Staatspolizei abgeleistete Dienstzeit nur in Ausnahmefällen ruhegehaltfähig, und zwar dann, wenn ihre Anrechnung nach dem beruflichen Werdegang, der Tätigkeit und der persönlichen Haltung des Beamten gerechtfertigt erscheint; die Entscheidung trifft die oberste Dienstbehörde. Eine entsprechende Regelung ist in § 67 Abs. 1 G 131 enthalten.

Ich weise darauf hin, daß die Anerkennung von Dienstzeiten bei der früheren Geheimen Staatspolizei als ruhegehaltfähig nach § 67 Abs. 1 Satz 2 G 131 nicht gleichzeitig die nach § 227 Abs. 4 LBG erforderliche Entscheidung der obersten Dienstbehörde umfaßt. Für eine Berücksichtigung derartiger Zeiten nach Landesrecht ist daher ein neuer Antrag und eine besondere Entscheidung der obersten Dienstbehörde gemäß § 227 Abs. 4 LBG erforderlich.

Im Einvernehmen mit dem Innenminister.

— MBl. NW. 1964 S. 808.

2377

**Grunderwerbsteuerbefreiung auf Grund des Gesetzes über Grunderwerbsteuerbefreiung für den Wohnungsbau in der Fassung vom 19. Juni 1958 (GV. NW. S. 282); hier: Erteilung von Bescheinigungen gem. § 2 Abs. 2 über das Vorliegen der Voraussetzungen**

RdErl. d. Ministers für Landesplanung, Wohnungsbau  
und öffentliche Arbeiten v. 29. 5. 1964 —  
III B 3 — 4.412.2 Nr. 1661/64

## I

**Änderung des Runderlasses vom 31. 10. 1958**

Durch die Verordnung zur Durchführung der §§ 85 und 95 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes v. 7. März 1964 (GV. NW. S. 64) ist die Zuständigkeit für die Entscheidung über Anträge auf Anerkennung einer Wohnung als steuerbegünstigt den kreisfreien Städten, Ämtern und amtsfreien Gemeinden übertragen worden. Entsprechend der geänderten Zuständigkeit erhält Abschnitt I letzter Satz d. RdErl. v. 31. 10. 1958 folgende Fassung: „Zuständig für die Anerkennung von Wohnungen als steuerbegünstigt nach § 82 II. WoBauG sind die kreisfreien Städte, Ämter und amtsfreien Gemeinden“.

## II

**Antrags- und Bescheinigungsmuster**

Die Anlage zum RdErl. v. 31. 10. 1958 (Antrag und Bescheinigung) erhält folgende Fassung:

An die  
Stadt - Amts - Gemeinde - Verwaltung

Vom Antragsteller in doppelter Ausfertigung einzureichen

## Antrag

auf Erteilung einer Bescheinigung gemäß § 2 Abs. 2 des Gesetzes über Grunderwerbsteuerbefreiung  
für den Wohnungsbau in der Fassung vom 19. Juni 1958 (GV. NW. S. 282)

Ich — Wir .....  
Name ..... Beruf .....

Anschrift

habe(n) auf meinem / unserem — Grundstück — Erbbaurecht —<sup>3)</sup>

Ort

Straße, Nr.

Gemarkung ..... Flur ..... Parzelle(n) .....

— Erbbau — Grundbuch<sup>3)</sup> von ..... Band ..... Blatt .....  
ein Wohngebäude errichtet / wiederaufgebaut / wiederhergestellt.

Die Unbedenklichkeitsbescheinigung für die Eintragung des Grundstückserwerbs — Erbbaurechts in das Grundbuch (§ 9 GrEStDV und § 189 d. AO) wurde erteilt vom Finanzamt .....

am ..... Az.: .....

### Angaben über das Gebäude

#### I. Nur ausfüllen bei Neubauten und Wiederaufbauten

1. Anrechenbare Grundfläche aller Räume des Gebäudes [Wohnfläche und gewerblich genutzte Fläche<sup>1)</sup>] ..... qm
2. davon — als steuerbegünstigte Wohnfläche anerkannt — und — öffentlich geförderte Wohnfläche —<sup>3)</sup> ..... qm  
= ..... % der anrechenbaren Grundfläche aller Räume des Gebäudes.

#### II. Nur ausfüllen bei Wiederherstellung beschädigter Gebäude

1. Schadensgrad vor Wiederherstellung des Gebäudes ..... %
2. Anrechenbare Grundfläche aller Räume des Gebäudes [Wohnfläche und gewerblich genutzte Fläche<sup>1)</sup>] ..... qm
  - a) vor Beschädigung des Gebäudes ..... qm
  - b) nach Wiederherstellung des Gebäudes<sup>2)</sup> ..... qm
    - davon neugeschaffene Grundfläche ..... qm
    - steuerbegünstigte — und — öffentlich geförderte —<sup>3)</sup> Wohnfläche ..... qm
    - = ..... % der neugeschaffenen anrechenbaren Grundfläche aller Räume des Gebäudes.

#### III. 1. Mit der Bebauung des Grundstücks wurde begonnen am .....

2. Das Gebäude wurde bezugsfertig am .....

3. Der Bescheid über die Bewilligung öffentlicher Baudarlehen wurde erteilt<sup>3)</sup>

von ..... am ..... unter dem Aktenzeichen .....

4. Der Bescheid über die Anerkennung von Wohnungen als steuerbegünstigte Wohnungen wurde erteilt<sup>3)</sup>

von ..... am ..... unter dem Aktenzeichen .....

Es wird die Ausstellung einer Bescheinigung beantragt, daß die Voraussetzungen für die Grunderwerbsteuerbefreiung erfüllt sind. Auf die vorliegenden Unterlagen bei der für die Erteilung des Anerkenntnisses gem. § 83 II. WoBauG zuständigen Behörde wird Bezug genommen.

....., den ..... 196.....

Unterschrift

<sup>1)</sup> Bei der gewerblichen Fläche sind solche Nebenräume nicht mitzurechnen, die auch bei der Wohnflächenberechnung nicht mitgerechnet wurden.  
<sup>2)</sup> Falls die anrechenbare Grundfläche nach Wiederherstellung kleiner als vor Beschädigung des Gebäudes ist, kann Grunderwerbsteuerfreiheit nur gewährt werden, wenn das Gebäude nach baurechtlichen Vorschriften im alten Umfang nicht wiederhergestellt werden konnte.

<sup>3)</sup> Nichtzutreffendes streichen.

Stadt - Amts - Gemeinde - Verwaltung

Nicht vom Antragsteller auszufüllen

.....  
DienststelleAn  
  
.....  
  
.....  
  
.....**Bescheinigung****gemäß § 2 Abs. 2 des Gesetzes über Grunderwerbsteuerbefreiung für den Wohnungsbau  
in der Fassung vom 19. Juni 1958 (GV. NW. S. 282)**

Die vorstehenden Angaben wurden an Hand der amtlichen Unterlagen geprüft. Ihre Richtigkeit wird hiermit bescheinigt.  
Änderungen — waren nicht erforderlich — sind in rot vermerkt\*).

Die Voraussetzungen für die Grunderwerbsteuerbefreiung sind damit gegeben.

....., den ..... 196.....

.....  
Unterschrift

Siegel

Eine Ausfertigung ist zu den Akten der ausstellenden Behörde zu nehmen.

.....  
\*) Nichtzutreffendes streichen.

Bezug: RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 31. 10.  
1958 (MBI. NW. S. 2449; SMI. NW. S. 2377)

An die kreisfreien Städte, Kreisverwaltungen,  
Ämter und amtsfreien Gemeinden.

79011

### Bericht über Kauf und Verkauf von forstfiskalischen Grundstücken

RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und  
Forsten v. 20. 5. 1964 — IV — D 2 — 15—10.00

Mein RdErl. v. 14. 5. 1963 (SMBl. NW. 79011) wird  
hiermit aufgehoben.

An die Regierungspräsidenten in Aachen, Arnsberg,  
Detmold, Düsseldorf, Köln.

— MBl. NW. 1964 S. 811.

II.

### Notiz

#### Erteilung des Exequaturs an den Generalkonsul der Dominikanischen Republik in Hamburg, Herrn Hector Osorio

Düsseldorf, den 26. Mai 1964  
I/5 411—1/64

Die Bundesregierung hat dem zum Generalkonsul der  
Dominikanischen Republik in Hamburg ernannten Herrn  
Hector Osorio am 15. Mai 1964 das Exequatur erteilt.

Der Amtsbezirk des Generalkonsulats umfaßt das Bun-  
desgebiet.

— MBl. NW. 1964 S. 811.

79023

7817

Druckfehlerberichtigung  
zum RdErl. d. Ministers für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten v. 20. 4. 1964  
(MBl. NW. S. 688 / SMBl. NW. 79023)  
7817

**Anderung d. RdErl. d. Ministers für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten v. 29. 3. 1963 (SMBl.  
NW. 79023) zu den Richtlinien des Bundesministers  
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für die  
Gewährung von Bundeszuschüssen zur Förderung  
forstlicher Vorhaben im Rahmen der Maßnahmen  
zur Verbesserung der Agrarstruktur  
Neufassung v. 23. 12. 1962 (MinBl. BML 1963, S. 16)**

In der Anlage zu o. a. RdErl. muß es auf S. 690 an  
Stelle von 1.8 unter 1.7 richtig heißen: „1 a) getrennt“.  
1 b)

Unter lfd. Nr. 3 muß es unter 2 richtig heißen:  
„Trennung von Wald und Weide“.

— MBl. NW. 1964 S. 811.

### Landschaftsverband Rheinland

#### Bekanntmachung des Landschaftsverbandes Rheinland

Betrifft: Pflichtprüfung des Jahresabschlusses 1962 der  
Rheinische Provinzial-Basaltwerke GmbH, Neu-  
stadt-Wied

Die Buchführung und der Geschäftsabschluß der Rheini-  
sche Provinzial-Basaltwerke GmbH, Neustadt-Wied, für  
das Geschäftsjahr 1962 sind durch den Wirtschaftsprüfer  
Dr. K. H. Müller, Gummersbach, Kaiserstraße 69, geprüft  
worden. Auf Grund dieser Prüfung ist durch den Leiter  
des Gemeindeprüfungsamtes des Regierungspräsidenten  
in Düsseldorf folgender abschließender Prüfungsvermerk  
erteilt worden:

Es wird festgestellt, daß nach pflichtgemäßer Prüfung  
durch den Wirtschaftsprüfer Herrn Dr. Müller, Gum-  
mersbach, Kaiserstraße 69, auf Grund der Schriften,  
Bücher und sonstigen Unterlagen des Betriebes sowie  
der erteilten Aufklärungen und Nachweise die Buch-  
führung und der Jahresabschluß zum 31. 12. 1962 der  
Rhein. Provinzial-Basaltwerke GmbH, Neustadt-Wied,  
den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Die Rentabi-  
lität des Betriebes war nicht gegeben.

Düsseldorf, den 13. Mai 1964

Der Leiter des Gemeindeprüfungsamtes  
L. S. des Regierungspräsidenten in Düsseldorf  
gez. Dr. Hochstetter

Köln, den 22. Mai 1964

Der Direktor  
des Landschaftsverbandes Rheinland  
In Vertretung  
K ö n e m a n n

— MBl. NW. 1964 S. 811.

### Nachrichten aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen

#### Gesetzentwürfe, Anträge und Interpellationen

— Neueingänge —

Drucksache  
Nr.

#### Antrag der Fraktion der SPD

Maßnahmen zur Fortführung des sozialen Wohnungsbaues

431

Die Veröffentlichungen des Landtags sind laufend und einzeln beim Landtag Nordrhein-Westfalen — Archiv —,  
Düsseldorf, Postfach 5007, Telefon 10 22, Nebenstelle 297, zu beziehen.

— MBl. NW. 1964 S. 811.

## Hinweise

## Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 24 v. 29. 5. 1964

(Einzelpreis dieser Nummer 0,50 DM zuzügl. Portokosten)

| Glied.-<br>Nr. | Datum       |  | Seite |
|----------------|-------------|--|-------|
| 232            | 10. 5. 1964 | Verordnung über die teilweise Übertragung der Aufgaben der unteren Bauaufsichtsbehörde auf die Gemeinde Sieglar, Siegkreis . . . . .             | 175   |
| 321            | 26. 5. 1964 | <b>Gesetz zur Änderung der Schiedsmannsordnung</b> . . . . .   | 175   |
| 7831           | 20. 5. 1964 | Viehseuchenverordnung zur Änderung der Viehseuchenverordnung betreffend die Ein- und Durchfuhr von Hunden . . . . .                              | 176   |
|                | 12. 5. 1964 | Bekanntmachung des Gemeindeunfallversicherungsverbandes Westfalen-Lippe über den Erlaß der Unfallverhütungsvorschrift „Sprengarbeiten“ . . . . . | 176   |

— MBl. NW. 1964 S. 812.

Inhalt des Amtsblatts des Kultusministeriums  
Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 5 — Mai 1964

(Einzelpreis dieser Nummer 0,50 DM zuzügl. Portokosten)

## A. Amtlicher Teil

|   |    |  |    |
|---|----|--|----|
| Personalnachrichten . . . . .   | 65 | Ordnung der Prüfung für staatlich anerkannte Sportlehrer mit der Befähigung für Freizeitpflege. RdErl. d. Kultusministers v. 5. 2. 1964. . . . . | 82 |
| Richtlinien für die Förderung der Studenten an den wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen. RdErl. d. Kultusministers v. 23. 4. 1964 . . . . .                                  | 67 | Vorläufige Richtlinien des Deutsch-Französischen Jugendwerkes. Bek. d. Kultusministers v. 7. 4. 1964 . . . . .                                   | 84 |
| Sozialbeitragsordnung der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. RdErl. d. Kultusministers v. 23. 4. 1964 . . . . .   | 72 | Schüleraustausch im Rahmen des Deutsch-Französischen Jugendwerkes. RdErl. d. Kultusministers v. 7. 4. 1964 . . . . .                             | 86 |
| Diplomprüfungsordnung für Studierende des Vermessungswesens an der Landwirtschaftlichen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Bek. d. Kultusministers v. 3. 4. 1964 . . . . . | 72 | Bundesjugendspiele 1964/65. RdErl. d. Kultusministers v. 9. 4. 1964 . . . . .  | 89 |
| Prüfungsordnung für das Wirtschaftswissenschaftliche Aufbaustudium an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen. Bek. d. Kultusministers v. 2. 4. 1964 . . . . .                      | 78 |  |    |
| Ferienhilfswerk für Kinder. RdErl. d. Kultusministers v. 13. 3. 1964 . . . . .  | 80 |  |    |
| Schulaufsicht über Abendgymnasien. RdErl. d. Kultusministers v. 3. 3. 1964. . . . .   | 80 |  |    |
| Wöchentliche Pflichtstunden des Leiters einer Sonderform der Volksschule (Hilfsschule) und seines ständigen Vertreters. RdErl. d. Kultusministers v. 10. 4. 1964 . . . . .                            | 80 |  |    |
| Wöchentliche Pflichtstunden für Lehrer an den Sonderformen der Volksschulen (Hilfsschulen). RdErl. d. Kultusministers v. 10. 4. 1964 . . . . .  | 80 |  |    |
| Errichtung von Ingenieurschulen für Maschinenwesen und für Bauwesen in Nordrhein-Westfalen. RdErl. d. Kultusministers v. 9. 4. 1964. . . . .  | 81 |  |    |

## B. Nichtamtlicher Teil

|   |    |
|---|----|
| Das Schulfunkprogramm des WDR im Sommer 1964 . . . . .  | 89 |
| Erfahrungsaustausch zwischen Lehrern an deutschen Auslandsschulen und an innerdeutschen Schulen . . . . .               | 90 |
| Germanistentagung 1964 . . . . .  | 90 |
| 1. Grundlagen zur Strukturverbesserung der Steinkohlenbergbaubetriebe in Nordrhein-Westfalen. T. 1: Ruhrgebiet. . . . . | 90 |
| 2: Nordrhein-Westfalen-Atlas . . . . .  | 90 |
| Buchbesprechungen . . . . .   | 90 |
| Buchhinweise . . . . .  | 92 |

— MBl. NW. 1964 S. 812.

**Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen****Nr. 11 v. 1. 6. 1964**

(Einzelpreis dieser Nummer 0,60 DM zuzügl. Portokosten.)

|   | Seite |  | Seite |
|---|-------|--|-------|
| <b>Bekanntmachungen</b> . . . . .   | 121   | 4. StGB § 164. — Der Tatbestand der falschen Anschuldigung ist nicht vollendet, wenn bei einer polizeilichen Vernehmung der mündlich erklärte Verdacht durch eine hiermit noch in zeitlichem und räumlichem Zusammenhang stehende Gegenklärung vor Abschluß der Vernehmung berichtigt wird. OLG Hamm vom 24. Februar 1964 — 4 Ss 1316/63 . . . . .   | 129   |
| <b>Hinweise auf Rundverfügungen</b> . . . . .   | 124   |  |       |
| <b>Personalnachrichten</b> . . . . .  | 125   | 5. StPO § 45 I; Richtlinien für die Ausübung des Anwaltsberufs § 58 I. — Bei Wiedereinsatzungsgründen, die auf eigenen Handlungen, Unterlassungen oder Wahrnehmungen des Verteidigers bei der Berufsausübung als Rechtsanwalt beruhen, genügt zur Glaubhaftmachung in der Regel die einfache schriftliche oder mündliche Erklärung des Verteidigers; an der Übung, dies „anwaltlich zu versichern“, sollte jedoch festgehalten werden. OLG Köln vom 20. Dezember 1963 — 1 Ws 76/63 . . . . . | 130   |
| <b>Gesetzgebungsübersicht</b> . . . . .   | 126   | 6. StPO §§ 140, 141, 344, 345, § 350 II: Menschenrechtskonvention Art. III c. — Zur Frage der Bestellung eines Pflichtverteidigers für die Revisionsbegründung und für das Auftreten in der Revisionsverhandlung bei einem in Straftat befindlichen Angeklagten. OLG Köln vom 21. Januar 1964 — 1 Ws 74/63 . . . . .   | 131   |
| <b>Rechtsprechung</b>   |       |  |       |
| <b>Strafrecht</b>   |       |  |       |
| 1. StPO § 314. — Läßt sich unter Verwendung aller verfügbaren Erkenntnisquellen nicht feststellen, ob eine Berufung rechtzeitig eingelegt ist, so ist das Rechtsmittel aus Gründen der Rechtssicherheit als nicht rechtzeitig eingelegt zu behandeln. OLG Düsseldorf vom 19. März 1964 — (1) Ss 18/64 . . . . . | 127   |  |       |
| 2. StGB § 257. — Wegen Begünstigung kann nur bestraft werden, wer sich von dem Charakter der Vortat irgendwelche konkreten, von einem Sachverhalt her bestimmbare Vorstellungen gemacht hat, die die Vortat zumindest als Vergehen kennzeichnen. OLG Düsseldorf vom 12. März 1964 — (1) Ss 57/64 . . . . .      | 127   |  |       |
| 3. StGB §§ 53, 223, 226 a. — Zur Frage der Notwehr und der Einwilligung in die bei einer Schlägerei erlittene Körperverletzung. OLG Hamm vom 27. Februar 1964 — 2 Ss 35/64 . . . . .  | 128   |  |       |

— MBL NW. 1964 S. 813.



**Einzelpreis dieser Nummer 0,70 DM**

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0,25 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Rhein. Girozentrale und Provinzialbank Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)

In der Regel sind nur noch die Nummern des laufenden und des vorhergehenden Jahrgangs lieferbar.

Wenn nicht innerhalb von acht Tagen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen.

Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

---

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Mannesmannufer 1 a. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseltiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 13,45 DM, Ausgabe B 14,65 DM.